

# **PRESSEMITTEILUNG**

**21.03.02**

Friese-Rede im Bundestag:

## **„Chancen neuer Kommunikationsformen für Demokratie nutzen“**

Erste Antworten auf die Frage nach der „Zukunft unserer Demokratie“ wollen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit einem Antrag zur „elektronischen Demokratie“, kurz: „e-demokratie“, geben, um damit „die Weichen für mehr Partizipation und Bürgernähe zu stellen“. Ziel sei, so SPD-MdB Harald Friese in seiner 12. Bundestagsrede, "die Chancen neuer Kommunikationsformen zu nutzen, um so der Parteien- und Politikverdrossenheit wirksam zu begegnen“.

So soll "das Internet für mehr Information und Transparenz sorgen", etwa durch die im Koalitionsantrag enthaltenen online-Projekte „e-Demokratie“ als einem Projekt zur Information und Diskussion und „e-government“, bei dem alle internetfähigen Dienstleistungen des Bundes bis 2005 online angeboten werden sollen. Geplant ist laut Friese außerdem die Vernetzung aller Wahllokale in Deutschland bis 2006, um so die Bedeutung der Briefwahl einzuschränken und den Bürgern erste Erfahrungen mit der Wahl am Computer zu ermöglichen.

Mittelfristig angestrebt würden auch online-Wahlen auf Landes- oder

Bundesebene, „allerdings erst“, bekräftigte der Heilbronner Abgeordnete vor dem Plenum, „wenn die Einhaltung der Wahlgrundsätze des Artikel 38 Grundgesetz, nämlich ‚allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim‘, gesichert ist“. Um erste Erfahrungen mit e-Wahlen zu sammeln und die technischen Probleme wie Datenschutz und Datensicherheit zu lösen, sollen derartige online-Wahlverfahren zuerst bei anderen Wahlen im praktischen Einsatz getestet werden, etwa bei Wahlen zu Schüler- oder Studentenvertretungen oder Betriebsratswahlen.

Nur wenn sich online-Wahlverfahren in diesem Rahmen bewähren, die Sicherheit, Geheimhaltung und Integrität der Daten sichergestellt und die technischen Probleme gelöst seien, könne an den Einsatz derartiger Verfahren bei Bundestags- oder Landtagswahlen gedacht werden. Denn in diesen Wahlen, so Frieses Fazit, "konkretisiert und konstituiert sich die Demokratie, weshalb an den Ablauf dieser Wahlen besonders hohe Anforderungen zu stellen sind“.